

## Belgien, Niederlande, Luxemburg (BENELUX)

MAX JANSEN

### *Luxemburg*

Der wahre Charakter Luxemburgs kam 1981 deutlich zum Ausdruck, indem eine europäische Frage zum Hauptproblem des Landes wurde. Hierbei mußte man nicht in erster Linie an die Arbeitslosigkeit – das europäische Problem Nummer eins – denken, denn Luxemburg hatte mit einer Arbeitslosigkeit von nur 1,2% besser als alle übrigen EG-Staaten abgeschnitten. Das europäische Problem worum es hier geht, ist die Frage nach dem Sitz des Europäischen Parlaments (EP): Straßburg, Luxemburg oder Brüssel. Für Luxemburg standen die Aussichten schon lange nicht sehr günstig, obwohl man gerade noch für viel Geld einen neuen, großen Sitzungssaal gebaut hatte, worin das stark vergrößerte, direkt gewählte Parlament seine Vollversammlungen abhalten konnte.

Schon Ende 1980 hatte das EP beschlossen, die Sitzungen im Januar, März, April, Mai und Juni in Straßburg abzuhalten, während man im Februar und Juli in Luxemburg tagen wollte. Der Verhandlungsort für die letzten vier Sitzungen von 1981 stand noch offen. Das Jahr 1981 begann schlecht für Luxemburg, denn schon am 12. Januar beschloß das Parlament, auch die Juli-Sitzung in Straßburg stattfinden zu lassen. Die Regierung von Luxemburg bedauerte diesen Beschluß und wies darauf hin, daß Entscheidungen über den Sitz des Europäischen Parlaments nur durch die Mitgliedstaaten getroffen werden dürften, die vorläufige Regelung ein sehr empfindliches Ungleichgewicht zu Stande gebracht hätte und sich das Parlament nicht weiter einmischen dürfte. Mit diesen Argumenten wollte die Regierung eine weitere Untergrabung Luxemburgs als Sitz des Europäischen Parlaments verhindern. Der Erfolg blieb aus, denn schon am 13. März beschloß das Parlament, daß auch alle übrigen Vollversammlungen 1981 in Straßburg stattfinden sollten. Nachdem der Europäische Rat in Maastricht nur den Status quo bestätigte, stellte das EP fest, daß das Problem damit nicht gelöst sei, und es nun selbst eine Regelung treffen müsse. Trotz des energischen Einspruchs Luxemburgs wurde am 7. Juli beschlossen, künftig alle Vollversammlungen in Straßburg abzuhalten, während Ausschuß- und Fraktionssitzungen sooft wie möglich in Brüssel stattfinden sollten. Die luxemburgische Regierung drohte nicht nur die Beiträge für das EP einzubehalten, sie beschloß ferner, den Europäischen Gerichtshof anzurufen, damit dieser die Rechtmäßigkeit des EP-Beschlusses überprüfe.

Manch einer könnte vermuten, daß für die Haltung Luxemburgs wirtschaftliche Motive eine Rolle spielen. Die große Zahl der in Luxemburg ansässigen EG-Beamten mit ihren ansehnlichen Gehältern stellen eine gute Kundschaft des großherzoglichen Mittelstandes dar. Aber Luxemburgs Regierung nennt in einer langen Presseerklärung ganz andere Motive!:

„ . . . durch diese Handlungsweise hat das Europäische Parlament die Regierung von Luxemburg dazu gezwungen, die Rechte des Großherzogtums als souveräner Staat, als Gründungsmitglied der Gemeinschaft und – gleich anderer Mitglieder – als Besitzer eines Prärogativs, in der Frage des Sitzes des Parlaments, auszuüben.

. . . Als souveräner Staat muß Luxemburg sein Vorrecht, das es zusammen mit den anderen Mitgliedstaaten in den Verträgen erhielt, gegen jeden Versuch einer widerrechtlichen Aneignung verteidigen. Desto mehr, wenn ein solcher Versuch die deutlich anerkannten Rechte Luxemburgs als erster Arbeitsplatz der gemeinsamen Organe, verletzt.“

Außenministerin Colette Flesch fügte noch hinzu, daß Luxemburg diesen Schritt unternommen habe, um die Rechte eines souveränen Staates zu unterstreichen und nicht wegen kaufmännischer, wirtschaftlicher oder politischer Nebenabsichten.

Inzwischen steht in Luxemburg der neue, für 100 Mio. DM erbaute Sitzungssaal für das EP leer. Das EP tagt zur großen Zufriedenheit Frankreichs in Straßburg; auch Deutschland macht keine Einwände, um die guten Beziehungen zu Frankreich nicht in Gefahr zu bringen. Nachdem viel parlamentarische Arbeit nach Brüssel verlegt wurde, verbirgt auch Belgien kaum seine Zufriedenheit.

### *Belgien*

Im Jahre 1981 gab es für die Belgier sonst keinen weiteren Anlaß zur Freude. Zu dem noch ungelösten staatspolitischen Problem der Beziehung zwischen Flamen und Wallonen gesellte sich die wirtschaftliche Krise, die alarmierende Formen annahm. Auch hierbei spielten die flämisch-wallonischen Gegensätze eine wichtige Rolle. Der Streit wurde so heftig, daß das Land kaum noch zu regieren war; vorzeitige Wahlen sollten eine Lösung bringen. Unter diesen Umständen bestand für europäische Fragen, die in Belgien sowieso selten im Mittelpunkt der Diskussion stehen, kaum Interesse. Doch die Aussicht auf eine belgische Präsidentschaft für die ersten sechs Monate des Jahres 1982 gab einigen politischen Parteien Anlaß, die europäische Politik zu beachten<sup>2</sup>. So haben die flämischen Christlichen Demokraten (CVP) und Sozialisten (BSP) und die Wallonische Demokratische Front (FDF) tatsächlich in ihre Programme ein Kapitel über EG-Fragen aufgenommen. Die wallonischen Sozialisten und Liberalen erwähnten hin und wieder den europäischen Rahmen, während die übrigen über Europa schwiegen.

Für die CVP, die Partei von Leo Tindemans, muß die Entwicklung in Richtung einer weiteren Verwirklichung der europäischen Union gehen. Darum

wird eine Verstärkung des Europäischen Währungssystems (EWS) sowie der Beitritt Portugals und Spaniens befürwortet. Die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) soll weiter ausgebaut werden, um zu einer gemeinsamen Lösung der internationalen Probleme zu kommen. Im Bereich der Institutionen soll eine wirkungsvollere Arbeit der verschiedenen Einrichtungen erreicht werden, um die Beschlußfähigkeit der Gemeinschaft zu verstärken. Die Kommission soll größere Kompetenzen erhalten, um die Richtlinien, die der Rat feststellt, ausführen zu können; außerdem soll ein umfangreicher Dialog zwischen Rat und Parlament entwickelt werden. Als letztes fordert die CVP ein „Beschluszentrum“ für die Außenpolitik der EG, das sich insbesondere der Fortentwicklung des Gesprächs zwischen der Gemeinschaft und den USA widmen sollte.

Nach Ansicht der BSP entspricht das heutige Europa noch nicht den Erwartungen europäischer Bürger. Kapitalistische Interessen hätten immer noch den Vorrang vor sozialen oder humanitären Sorgen. Die flämischen Sozialisten fordern kräftige europäische Initiativen gegen die hohe Arbeitslosigkeit. Der Haushaltsplan der Gemeinschaft soll deshalb dahingehend verändert werden, daß ausreichend Mittel für eine aktive Beschäftigungspolitik verfügbar werden. Die europäische Energiepolitik muß auf Einsparungen gerichtet sein, daneben soll nach alternativen Energiequellen gesucht werden, so daß der Bedarf an Kernenergie abnimmt und der Bau von weiteren Kernkraftwerken überflüssig wird. Schließlich wünschen die flämischen Sozialisten eine Erweiterung der Kompetenzen des Europäischen Parlaments.

Die FDF legt allen Nachdruck auf ein autonomes Europa, vor allem in Sachen der Verteidigung, der Energiepolitik, der wirtschaftlichen Entwicklung und der Raumfahrt. Washingtons Währungspolitik, die das wirtschaftliche Leben Europas zerstöre, macht es nach Meinung der FDF dringend erforderlich, für ein unabhängiges Europa einzutreten. Weiterhin werden mehr diplomatische und politische Gespräche zwischen den Mitgliedstaaten befürwortet, mit dem Ziel, bei wichtigen, internationalen Ereignissen einen gemeinsamen Standpunkt zu vertreten. Die FDF will dafür ein ständiges Sekretariat einrichten, um auf administrativer Ebene die europäischen diplomatischen Beratungen zu fördern. In Sache der europäischen Verteidigung plädiert man für Autonomie, sowohl was die Organisation als auch die Rüstungsproduktion angeht.

Von den vier flämischen Parteien setzten sich die zwei größten am stärksten für eine europäische Einigung ein. Die eine von ihnen, die CVP, verlor 14 von ihren 57 Sitzen, die andere, die BSP, konnte ihre 26 Sitze behalten, während die übrigen zwei, die europäische Fragen nicht berührten, je 6 Sitze hinzugewannen. Von den vier bedeutendsten wallonischen Parteien verlor die einzige Partei, die Interesse für Europapolitik zeigte, 5 ihrer 11 Sitze.

Es war nicht verwunderlich, daß pro-europäische Wahlpropaganda wenig nützte; ebensowenig überraschte es, daß sich die wallonischen Parteien kaum bereit zeigten, ihre Programme in einen europäischen Rahmen zu fügen. Insbe-

sondere die Kommission der EG hat sich in Wallonien nicht besonders beliebt gemacht, nachdem sie sich weigerte, die Maßnahmen der belgischen Regierung zu unterstützen, die zur Lösung der Probleme in der wallonischen Stahlindustrie führen sollten. Zu Beginn des Jahres 1981 wurde die Fusion von Cockerill in Lüttich mit einigen Unternehmen in Charleroi angekündigt. Das neue Unternehmen Cockerill-Sambre sollte mittels großer staatlicher Subventionen die nötigen Sanierungen durchführen. Staatliche Subventionsmaßnahmen stehen jedoch grundsätzlich im Widerspruch zu den Regeln des gemeinsamen Binnenmarktes; deswegen müssen sie von der Kommission genehmigt werden. Im Fall der belgischen Stahlindustrie hat die Kommission entschieden, daß Unterstützungen nur bis zum Ende des Jahres 1985 gewährt werden dürfen und daß die Betriebe danach in der Lage sein müssen, ohne staatliche Zuschüsse rentabel zu arbeiten. Nach Meinung der Kommission soll eine Sanierung lediglich lebensfähigen Unternehmen helfen, Krisensituationen zu überstehen, während unrentable Betriebe aufgegeben werden sollten. Daher setzte die Kommission recht kurzfristige Fristen, innerhalb derer ein Betrieb gesundet sein muß.

Die belgische Regierung konnte dies nur sehr schwer hinnehmen. Sie war davon überzeugt, daß eine Krise, wie sie die wallonische Stahlindustrie im Augenblick durchmacht, nur unter größten Anstrengungen und in mehreren Jahren völlig überwunden werden konnte. Aus der Befürchtung, die Belgier könnten ihr Kapitulation vor der Kommission und Aufgabe der nationalen Stahlindustrie vorwerfen, wollte sie die Kommissionsbedingungen nicht ohne weiteres akzeptieren. Als Ende Juni 1981 die Kommissionsvorschläge im EG-Rat besprochen wurden, spielte die belgische Regierung die Sache hoch. Zum ersten Mal seit Jahren berief sie sich auf das „nationale Interesse“. Schließlich wurde den Kommissionsvorschlägen zugestimmt, nachdem man sich noch eine Sonderregelung ausbedungen hatte: Die Kommission erhielt die Möglichkeit, in Ausnahmefällen von ihren eigenen Bestimmungen abzuweichen.

Damit war für Belgien noch nicht alles ausgestanden. Die Kommission war nämlich noch nicht davon überzeugt, daß die Subventionen die gewünschten Erfolge der Umstrukturierung und Gesundung der Betriebe zur Folge hätten. Sie zweifelte besonders daran, ob die belgischen Stahlkonzerne nach Ablauf der Subventionsfristen wieder gewinnbringend produzieren könnten. Durch das Ausbleiben einer Entscheidung verschlechterte sich die Situation in der Stahlindustrie weiter, so daß die europäische Kommission beschuldigt wurde, eine anti-wallonische Politik zu führen. Die belgische Regierung selbst war nicht stark genug, eine Entscheidung durchzudrücken, was sicher zum Entstehen der Regierungskrise im September beigetragen hat. Die überwiegend flämischen Christlichen Demokraten und die Sozialisten, mit ihrem größten Anhang in Wallonien, waren nicht mehr im Stande weiter zusammenzuarbeiten. Daher formierte sich nach den Wahlen im November eine neue Regierungskoalition: die Liberalen nahmen an der Seite der Christlichen Demokraten den Platz der Sozialisten ein.

Was die Stahlindustrie betrifft, so konnte die neue Regierung in ihrer Antrittserklärung vom 18. Dezember nur versprechen, alles zu tun, die Kommission zu einer schnellen Zustimmung zu den belgischen Vorschlägen zu bewegen. Komplizierend kam noch hinzu, daß Belgien am 1. 1. 1982 für das nächste halbe Jahr die EG-Präsidentschaft übernehmen mußte. Der europäische Ruf des neuen Außenministers, zugleich Vorsitzender des europäischen Ministerrats, Leo Tindemans, ermöglichte es Belgien trotz seiner nationalen Probleme, sich dennoch als Verfechter weiterer Integration zu präsentieren. In der Antrittserklärung wurde darüber folgendes gesagt<sup>3</sup>:

„Die augenblicklichen Probleme der europäischen Gemeinschaft sind so ernsthaft, daß ihr Fortbestehen und ihre Zukunft auf dem Spiel stehen. Schwierige Probleme, wie die Finanzierung der Agrarpolitik, die Beiträge der einzelnen Mitgliedstaaten und die gemeinsamen Aktivitäten auf neuen Gebieten, z.B. Industrie-, Beschäftigungs- und Forschungspolitik, stehen zur Diskussion. Am 1. 1. 82 übernimmt unser Land den Vorsitz des Europäischen Rates. Es wird unsere schwere Aufgabe sein, für alle bestehenden Probleme, ausgewogene Lösungen zu finden, die für die Wiederbelebung einer gemeinsamen Politik auf den verschiedensten Gebieten von vitaler Bedeutung sein werden. Belgien wird sich daher auch weiter für eine Stärkung der Integration einsetzen. Dank ihrer verstärkten internen Kohäsion wird die EG in der Lage sein, auch nach außen mit einer Stimme zu sprechen. Deshalb will sich Belgien während seiner Präsidentschaft für eine dynamische Politik einsetzen, um zu einer gemeinsamen Wirtschafts- und Währungspolitik zu kommen. Hierzu ist wiederum eine größere Übereinstimmung auf dem Gebiet der Finanz- und Währungspolitik als auch der Sozialpolitik der Mitgliedstaaten nötig. Eine solche Politik ist erforderlich, um einerseits das Erreichte nicht zu verlieren, andererseits kann nur dadurch die weitere Zukunft der Gemeinschaft garantiert werden. Ferner wird die Regierung sich um einen größeren kulturellen Austausch bemühen. Ziel der Europapolitik muß die föderative Gemeinschaft sein, die die Selbstverwirklichung der Völker, Provinzen und Einzelpersonen ermöglicht.“

Manchem Belgier mag die Übernahme der Ratspräsidentschaft durch die belgische Regierung zu der Hoffnung veranlaßt haben, daß damit auch der Widerstand der Gemeinschaft gegen die belgische Stahlproduktion schwinden werde. Doch schon Anfang 1982 zeigte sich, daß diese Hoffnungen trügen. Die Kommission kam zu der Überzeugung, daß das Stahlunternehmen Cockerill-Sambre auch 1985 nicht rentabel sein wird und verweigerte deshalb den Subventionsplänen der belgischen Regierung die Zustimmung. In der Folge kam es zu Streiks und Protestkundgebungen der Stahlarbeiter. Das Ausbleiben einer Lösung für die wallonische Stahlindustrie führte auch zur Verschärfung der flämisch-wallonischen wirtschaftlichen Gegensätze. Die belgische Regierung sah sich deshalb veranlaßt, regionale wirtschaftliche Autonomie für die beiden Regionen in Erwägung zu ziehen.

Negativ gesehen handelt es sich hier um europäische Integration als Kataly-

sator belgischer Desintegration, positiv betrachtet um europäischen Föderalismus in zwei Richtungen.

### *Niederlande*

Belgien beschloß das Jahr 1981 mit den gleichen guten Vorsätzen, mit denen die Niederländer zu Beginn desselben Jahres die Präsidentschaft angetreten hatten. Beide wollten Europa aus dem Engpaß helfen. Nach den Worten ihres Außenministers vor dem Europäischen Parlament sollten sich die Niederlande einsetzen für: Anpassung der gemeinsamen Agrarpolitik, gleichmäßiger verteilte Haushaltsausgaben, Bekämpfung der wirtschaftlichen Krise, Verbesserung der Beziehungen im Nord-Süd-Dialog sowie für eine bessere Zusammenarbeit zwischen Ministerrat und Parlament. Sechs Monate später berichtete der gleiche Minister, daß alles außerordentlich schwierig gewesen sei, da die holländische Präsidentschaft in eine besonders ungünstige Zeit fiel: Griechenland mußte in die EG eingegliedert werden, eine neue Kommission nahm ihre Arbeit auf, in Frankreich fanden Präsidentschaftswahlen statt.

Auch die Sitzung des Europäischen Rats in Maastricht war nicht von historischer Bedeutung. Man wird sich vielleicht einmal nur deshalb daran erinnern, weil es den Organisatoren „geglückt“ war, zahlreiche Pressevertreter mit verdorbenen Salaten zu bewirten. Selbst die beabsichtigte Berichterstattung des Vorsitzenden des Europäischen Rats an das Europäische Parlament war den Niederlanden nicht vergönnt, da der französische Präsident Einwände machte. Leider ist es nicht verwunderlich, daß auch der Europäische Rat in Maastricht keinen Erfolg zeitigte; man kann das dem Ratsvorsitzenden nicht in die Schuhe schieben. Für viele europäisch-denkende Niederländer war aber schwer zu akzeptieren, daß gerade unter ihrem Vorsitz im Rat beschlossen wurde, die Sitzfrage des Europa-Parlaments nicht endgültig zu entscheiden. Im niederländischen Parlament wurde die Regierung deswegen stark angegriffen; keiner konnte die Ansicht des Ministerpräsidenten teilen, „daß die Beendigung eines Disputes auch etwas Schönes sein kann, wenn das Problem in absehbarer Zeit doch nicht gelöst werden könne“. Der Abgeordnete der Zweiten Kammer, Patijn, vermutete gar, der Ministerpräsident habe geschlafen, als die Frage des EP-Sitzungsortes in Maastricht besprochen wurde. Der Außenminister versicherte jedoch, dies sei nicht der Fall gewesen.

Schon zu Beginn des Jahres beschäftigte sich das niederländische Parlament mit der EPZ; ein Thema zu dem sich die verschiedenen niederländischen Regierungen immer nur mit großer Vorsicht geäußert hatten, da ihrer Meinung nach die EPZ verschiedene Risiken in sich birgt: Untergrabung der Institutionen der Wirtschaftsgemeinschaft, Schwächung der NATO, Stärkung der europäischen Unabhängigkeits-Illusionen und Förderung der französisch-deutschen Vormachtstellung. Im allgemeinen spielen diese Befürchtungen der Regierung im Parlament keine große Rolle, weil man sich dort keine übertriebenen Vorstellungen macht von dem realen Einfluß, den die EPZ auf die internationale

Politik ausüben kann. Das Parlament ist durchaus bereit, die EPZ weiter zu entwickeln. Im Februar wurde ein diesbezüglicher Antrag<sup>4</sup> folgenden Wortlauts mit großer Mehrheit angenommen:

„Die Kammer,

in der Erwägung, daß es wünschenswert sei, der EPZ weiter Inhalt zu geben und ihre Struktur zu verstärken; sich davon bewußt, daß das Band zwischen Europa und den Vereinigten Staaten in vieler Hinsicht von lebenswichtiger, gegenseitiger Bedeutung sei; der Meinung, daß eine Entwicklung in Richtung eines Direktoriums der großen Länder im atlantischen und im europäischen Verband abgelehnt und verhindert werden muß; in der Auffassung, daß es wünschenswert sei, daß in dem notwendigen Dialog zwischen Westeuropa und den Vereinigten Staaten, die an der EPZ teilnehmenden Länder, wenn möglich mit einer Stimme sprechen; daran festhaltend, daß das nordatlantische Verteidigungsbündnis das erste beschließende Gremium für die gesamte Verteidigungsproblematik bleiben muß; der Meinung, daß die Stärkung der EPZ-Beratungen impliziert, daß auch die internationalen-politischen Dimensionen der europäischen Sicherheit in diese Überlegungen einbezogen werden; Fordert die Regierung auf, in ihrer europäischen und nordatlantischen Politik einen positiven und aktiven Beitrag zu dieser Verstärkung der europäischen Zusammenarbeit zu liefern.“

Die Parlamentswahlen im Mai gaben den Parteien nochmals die Gelegenheit, ihren Standpunkt in bezug auf die europäische Integration und die Rolle, die die Niederlande darin spielen sollen, deutlich zu machen<sup>5</sup>. Die verschiedenen Erklärungen sorgten für keine Überraschungen. Die Sozialdemokraten (PvdA) wiederholen, daß den europäischen Institutionen nur dann größere Zuständigkeit zugestanden werden dürfe, wenn auch das niederländische Parlament dies gutheiße und die Sicherheit einer demokratischen Kontrolle durch das EP gewährleistet würde. Die Sozialdemokraten erinnern weiter daran, daß die europäische Zusammenarbeit unter keinen Umständen zu der Gründung einer Supermacht führen dürfe.

Die Christlichen Demokraten (CDA) stehen traditionsgemäß der europäischen Zusammenarbeit positiv gegenüber. Innerhalb der Europäischen Gemeinschaft muß diese Zusammenarbeit besonders auf dem Gebiet der Sozialpolitik, des Umweltschutzes, der Industrie- und Wettbewerbspolitik sowie der Entwicklungspolitik wachsen. Auch der Gebrauch von Kernenergie, in den Niederlanden ein besonders heikles Thema, muß vorzugsweise auf europäischem Niveau näher untersucht werden.

Die Liberalen (VVD) bestätigen ihre pro-europäische Haltung und erklären, daß der Schwerpunkt der niederländischen Außenpolitik innerhalb der EG liegen müsse. Die Organe der EG sollen verstärkt und ihre Arbeitsgebiete ausbreitet werden, unter Inachtnahme der Gleichberechtigung der einzelnen Mitgliedstaaten. Daneben machte die VVD in einer Erklärung ihres Spitzenkandidaten deutlich, was man nicht zu akzeptieren bereit ist, nämlich:

- das Entstehen eines zwei Stufen Europas;
- das Prinzip des „juste retour“;
- die drohende Vormachtstellung der zwei „Großmächte“ Frankreich und der Bundesrepublik;
- einen Eingriff in die Grundsätze der Agrarpolitik.

Auch D'66 unterstützt eine nach demokratischem Muster verlaufende Integration. Die meisten kleinen Parteien geben ebenfalls zu erkennen, daß sie europäische Zusammenarbeit unter bestimmten Bedingungen zu akzeptieren bereit sind. Nur die Pazifistisch-Sozialistische Partei (PSP) behauptet, daß es für die Niederlande besser sei, aus der EG auszutreten, da diese eine rein kapitalistische Organisation zugunsten der multinationalen Unternehmen sei. Auf die PSP entfallen 2,12 % der gesamten Wählerstimmen.

Das Wahlergebnis führte zu der Bildung einer neuen Regierung, die am 16. November mit ihrer Regierungserklärung vor das Parlament trat<sup>6</sup>. Da auch in den Niederlanden die wirtschaftlichen Probleme eine überragende Rolle spielen, wurde die kaum umstrittene europäische Integration nur kurz erwähnt:

„Die bevorstehende Umstrukturierung des europäischen Haushaltes, wobei es besonders um Veränderungen der gemeinsamen Agrarpolitik geht, soll eine Weiterentwicklung der Gemeinschaft möglich machen, ohne daß die bisherigen Errungenschaften dabei verloren gehen. Die bestehende Begrenzung der Eigenmittel der Gemeinschaft darf der weiteren Entwicklung – wozu auch der Beitritt von Spanien und Portugal gehört – nicht im Wege stehen.“

Hieran wurde noch hinzugefügt, daß in der EPZ die internationalen-politischen Dimensionen der europäischen Sicherheit einbezogen werden müssen. Auch in der darauffolgenden Debatte stand die europäische Integration nicht im Mittelpunkt. Bemerkenswert ist jedoch, daß die Sprecher von CDA und D'66 sich einig waren, daß die EG ihre Beziehungen zu den Ostblockländern verstärken müssten.

Interessenverbände schenken nur hin und wieder europäischen Fragen ihre Aufmerksamkeit. Landwirtschaftliche Organisationen berichten jährlich nach dem Bekanntwerden der Kommissionsvorschläge über die Agrarpreise, daß mit der Annahme dieser Beschlüsse der Untergang der niederländischen Landwirtschaft besiegelt sei. Nachdem der Ministerrat die Preise festgestellt hat, erklären die Organisationen immer, sehr enttäuscht zu sein. Ebenso pessimistisch waren die niederländischen Gemüsegärtner, nachdem die Europäische Kommission wissen ließ, der Erdgaspreis für die Beheizung der Gewächshäuser dürfe nicht länger künstlich niedrig gehalten werden, da dies zu einer Wettbewerbsverzerrung führe. Auch in diesem Fall ließ sich die Kommission wenig beeindrucken.

Die Gewerkschaften fordern von Zeit zu Zeit eine starke europäische Sozialpolitik; mittlerweile wird auch die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mehr und mehr in den Vordergrund geschoben. Die niederländischen Arbeitgeberverbände veröffentlichten 1981 einen gemeinsamen Standpunkt in bezug auf die



Frage der europäischen Integration. In einer Broschüre betitelt „Europa: Der Test der 80er Jahre“, läßt man sich wenig optimistisch über eine weitere Integration aus, dennoch hält man die europäische Zusammenarbeit für das einzige Mittel, um gegen die wirtschaftliche Krise erfolgreich aufzutreten. Dies erfordere energisches Vorgehen und kräftige Entscheidungen und damit die Notwendigkeit der Rückkehr zu Mehrheitsbeschlüssen im Ministerrat. Was die Probleme in der Wirtschaft betrifft, meinen die Arbeitgeber, daß Subventionen für in Schwierigkeiten geratene Betriebe nur dann sinnvoll sind, wenn es sich um Sanierung handelt; dagegen sei es zwecklos, schwache Unternehmen, die doch nicht konkurrenzfähig werden können, jahrelang zu unterstützen. Die Konkurrenzfähigkeit müsse nicht durch Schutzmaßnahmen, sondern durch Innovation und Verbesserung der Produktion erreicht werden. In ihren externen Beziehungen wird die – erweiterte – Gemeinschaft in den achtziger Jahren besonders mit einer starken Zunahme der Konkurrenz auf dem internationalen Markt, speziell auf den traditionellen EG-Exportmärkten, konfrontiert. Einer Antwort auf diese Herausforderung wird eine fortschreitende Verstärkung des Integrationsprozesses zugrunde liegen müssen. Diese fortschreitende Einigung durch das notwendige Zustandekommen einer Wirtschafts- und Währungsunion ist eine unumgängliche Voraussetzung für den Fortbestand der Gemeinschaft, nach Meinung der Arbeitgeber.

Enttäuschung scheint ein gemeinsames Element in der Haltung der drei Benelux-Staaten gegenüber der Europäischen Gemeinschaft von 1981. Die Niederlande sahen ihren EG-Vorsitz scheitern, Belgien sah seine Lösungen für die Probleme der Stahlindustrie blockiert durch eine kritische Europäische Kommission, während Luxemburg sich durch alle im Stich gelassen fühlte, als es darum ging, seine Hauptstadt als Sitz des Europäischen Parlaments zu bestätigen. Also kein gutes Jahr, doch gibt es einige Hoffnung für die Zukunft. Im neuen Jahr soll der Rat von dem Belgier Leo Tindemans, die Kommission von dem Luxemburger Gaston Thorn und das Europäische Parlament von dem Niederländer Piet Dankert geleitet werden. Was kann noch schief gehen, wenn die Benelux-Länder Europa regieren?

### Anmerkungen

- 1 Text siehe Agence Europe, Documents, 17. September 1981.
- 2 Eine Übersicht befindet sich in: Europa-be-richt, Januar 1982, Nr. 64.
- 3 Text siehe Keesing's Historisch Archief, 1982, S. 20–22.
- 4 Europa van Morgen, 11. Jg., Nr. 9, 11. März 1981, S. 131.
- 5 Eine Übersicht befindet sich in: Europa in Bewegung, 7. Jg., Mai 1981, Nr. 5, S. 3–12.
- 6 Text siehe Keesing's Historisch Archief, 1981, S. 774–782.

Weiterführende Literatur

- Europa: De test van de jaren '80, Bericht über die europäische Integration, hrsg. von den Arbeitgeberverbänden VNO und NCW, Den Haag 1981.
- Europa van Morgen, Wochenbericht des Presse- und Informationsbüros der EG in den Haag.
- Europa-bericht, Monatsausgabe des EG-Informationsbüros für Belgien.
- Faber, Gerrit, De visie van de Nederlandse regering op de EG en ontwikkelingssamenwerking, in: Internationale Spectator, März 1981, S. 158-164.
- Herpen, Marcel van, De Nederlanden en de Europese Gemeenschap, in: Internationale Spectator, Februar 1981, S. 79-85.
- Manning, Adrian, Die Niederlande und Europa von 1945 bis zum Beginn der fünfziger Jahre, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 29. Jg. 1981, H. 1, S. 1-20.
- Nieuw Europa, Zeitschrift der Europäischen Bewegung in den Niederlanden (dreimonatlich).
- Le rôle des Belges et de la Belgique dans l'édification européenne, in: Studia Diplomatica, vol. XXXIV, 1981, num. 1-4, S. 1-538.